

Große Anfrage

der Fraktion der FDP

betr. Lage der Veredelungswirtschaft in der Bundesrepublik und in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Auswirkungen haben die Beschlüsse des EWG-Ministerrats vom 15. Dezember 1964 zur Harmonisierung der Getreidepreise und die weiteren Beschlüsse des EWG-Ministerrats betr. Abschaffung der innergemeinschaftlichen Abschöpfungen für Schweinefleisch, Eier und Geflügel und des innergemeinschaftlichen Einschleusungspreises für Schweinefleisch zum 1. Juli 1967 auf die Entwicklung der Veredelungsproduktion in den EWG-Partnerländern?
2. Wie werden sich diese Beschlüsse auf die Entwicklung der Erzeuger- und Verbraucherpreise für Schweinefleisch, Eier und Geflügelfleisch in der Bundesrepublik auswirken?
3. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die ab 1. Juli 1967 bis zur vollständigen Herstellung des Gemeinsamen Marktes zu erwartenden Preiseinbußen für die deutschen Erzeuger bei Schweinefleisch, bei Eiern, beim Geflügelfleisch?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Veredelungsproduktion in der EWG mit der Nachfrage in Übereinstimmung zu bringen?
5. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Finanzierung etwaiger Überschüsse und nach welchen Grundsätzen will die Bundesregierung eine gerechte Lastenverteilung in der EWG erzielen?
6. Ist die Bundesregierung bereit, im EWG-Ministerrat Maßnahmen zu erwirken, mit denen die in der Veredelungsproduktion gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten bevorzugt den bäuerlichen Familienbetrieben zugeführt werden können und dabei besonders die Lage der Futterbaubetriebe in den Grünlandgebieten berücksichtigt wird?

7. Welche Maßnahmen stehen nach der Auffassung der Bundesregierung zur Verfügung, um größeren Preisschwankungen für Veredelungserzeugnisse, vor allem dem zu erwartenden verstärkten Schweine-Zyklus in den EWG-Partnerstaaten und in der Bundesrepublik, entgegenzuwirken?
8. Ist die Bundesregierung bereit, das in der Bundesrepublik angewandte Ausgleichssystem am Milchmarkt auch in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Anwendung zu bringen?
9. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für die Behandlung der produktgebundenen Beihilfen für Milch im Rahmen der EWG-Milchmarktordnung?

Bonn, den 25. Februar 1965

Mischnick und Fraktion